

Riefaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riefaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postfachkonto: Dresden 1330
Circulstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 40.

Dienstag, 17. Februar 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riefaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Kassen. Für den Fall des Eintrits von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Abgabetermins sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen zu bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für 6 Spalten 100 Gold-Pfennige, die 89 um breite Zeilenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Remittenten haben, wenn der Betrag verfällt, durch Klage einzulegen, durch die Auftraggeber in Konten gerät. Zahlungen und Erfüllungsort: Riesa. Achtung! Unterhaltungsbeilage "Erzähler an der Elbe". Im Falle höherer Gewalt - Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten - hat der Bezahler keinen Anspruch auf Vierzug oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goltzstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Kampf um die Ruhrdenkschrift.

Die Reichsregierung hat nunmehr die Denkschrift des Reichsfinanzministeriums über die Ruhrdenkschrift dem Reichstag überreicht. Im Zusammenhang mit den sozialdemokratischen Interpellationen wird nunmehr die Angelegenheit der Ruhrdenkschriften für die nächsten Tage vollständig in die parlamentarische Lage überführt. Die Fraktionen werden sich mit der Denkschrift beschäftigen und darüber Beschlüsse zu fassen haben, ob sie entschlossen sind, die Haltung des Reichsministeriums zu bekräftigen oder die Auffassung der Linksparteien, wonach die Budgetrechte des Parlaments verletzt worden seien, tatsächlich begründet ist. Was den Inhalt der Denkschrift anbelangt, so stehen im Vordergrund der Erwägungen zwei wichtige Gesichtspunkte. Die Reichsregierung hat den größten Wert darauf gelegt, festzustellen, daß die Entschädigungszahlungen nicht nur den großen Industrieunternehmen des Ruhrgebietes, sondern auch einer Anzahl kleinerer Gewerbetreibender zugute gekommen sind, und daß daher der Vorwurf der Linksparteien, die Regierung habe die Schwerindustrie einseitig begünstigt, nicht berechtigt sei. Der zweite wichtige Gesichtspunkt ist der, daß die Verpfändung des Reiches zur Rückzahlung der Ruhrdenkschriften durch die Rückübertragung der Ruhrindustrie bei den Rückübertragungen um Vor- und Sachlieferungen, die ausdrücklich damit begründet sind, daß ihre Erträge für die deutsche Regierung auf Reparationskonto gutgeschrieben werden sollen.

In den Kreisen der Reichsregierung betont man, daß diese beiden Momente von ausschlaggebender Bedeutung sind und das Vorgehen der Reichsregierung in vollem Ansehnem rechtfertigen. Die Linksparteien könnten bei ihrem Angriff gegen die Regierung nicht die Tatsache hinweg leugnen wollen, daß die Entschädigungszahlungen ordnungsgemäß erfolgt sind und auf Grund der Rechtslage vom Reich geleistet werden mußten. Was die Frage einer Verletzung der Budgetrechte des Reichstages betrifft, steht man in den Regierungskreisen auf dem Standpunkt, daß das Reichskabinett auf Grund seiner außerordentlichen Vollmachten sehr wohl imstande war, die dringlich gewordenen Zahlungen an die Industrie zu leisten. Soweit man schon jetzt die parlamentarische Situation übersehen kann, werden die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei und ein Teil des Zentrums die Haltung der Reichsregierung billigen. Dagegen beabsichtigen die Demokraten der Reichsregierung eine Anzahl Fragen vorzulegen, die sich namentlich auf die der Ruhrindustrie während der Zeit des passiven Widerstandes geleisteten Geldzahlungen beziehen.

In demokratischen Kreisen behauptet man, daß zwar nicht das Recht der Entschädigung für die Ruhrverluste bestritten werde, daß aber die Frage angebracht sei, woher der damalige Reichskanzler Dr. Stresemann und der damalige Reichsfinanzminister Dr. Luther das Recht für sich in Anspruch nahmen, hinter dem Rücken des Reichstages ein Sonderabkommen mit den Wirtschaftsverbänden abzuschließen. Außerdem hätte die Regierung darauf bestehen müssen, daß die während der Zeit des passiven Widerstandes an die Industrie gezahlten Unterstützungsgelder bei den Entschädigungen verrechnet werden müßten.

Der Verlauf der parlamentarischen Debatte wird ergeben, inwieweit die demokratischen Vorwürfe begründet sind. Die Reichsregierung glaubt jedoch schon jetzt auf das nachdrücklichste darauf hinweisen zu können, daß die während der Zeit des Ruhrkampfes gezahlten Gelder vom Reich aufgebracht werden mußten und daß es Aufgabe des Reiches war, den passiven Widerstand zu finanzieren. Es ist sehr wahrscheinlich, daß Reichskanzler Dr. Luther persönlich in die Debatte eingreifen und über den ganzen Fragenkomplex sehr eingehende Ausführungen geben wird.

Die deutsche Ostmark.

Es ist warm anzuerkennen und zu begrüßen, daß der Reichskanzler Dr. Luther nach seinen Besuchen in West- und Südböhmen sich sofort aufgemacht hat, um zu den Bewohnern der deutschen Ostmark zu sprechen. Die Eröffnung der Simejse in Königsberg bot natürlich nur den äußeren Anlaß zu der großen Rede, die weit über den Rahmen einer Ausstellungssprache hinausging. Früher nannten wir Polen unsere Ostmark. Wenn wir jetzt Ostpreußen und den Rest Westpreußens so bezeichnen, dann erblickt daraus der gewaltige Rückschritt, den uns der Räuberzug von Versailles aufzuzwingen hat. Die schwereren, jähren Deutschen, die dort jenseits des unruhigen polnischen Korridors wohnen, haben mindestens so stark wie die Brüder in den besetzten Gebieten das Gefühl, daß man „im Reich“ nicht genügend Verständnis und Anteilnahme für ihre Not aufbringe. Die schöne und warme Kanzlerrede wird ihnen eine Herzensfreude gewesen sein und sollte die Aufmerksamkeit aller Deutschen auf die unhaltbaren Verhältnisse im Osten verwickeln. Dr. Luther konnte selbstverständlich nicht zu deutlich werden, aber wir dürfen seine Worte, die sich gegen die unbillige Regelung der Weichselgrenze richten, und sein Versprechen, auf eine Besserung der „unnatürlichen Grenzverhältnisse“ immer bedacht zu sein, in weiterem Sinne verstehen; wir wollen sie auf das ganze geraubte Grenzland, auf den Korridor und auf die herrliche deutsche Stadt Danzig ausdehnen. In diesem Zusammenhang gewinnen auch die außenpolitischen Sätze der Kanzlerrede besondere Bedeutung. Gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland bleiben erhaltenswert trotz der Sowjetherrschaft, die sich vorläufig noch hält, die aber außenpolitisch anders zu bewerten ist als innenpolitisch. Die Volkswirtschaft

Die Berliner Tagung des Landbundes.

Der 5. Reichslandbundtag

trat am Montag mittags in Verbindung mit dem Junglandbund zu seiner fünften Tagung im Großen Schauspielhaus zu Berlin zusammen. Die Beteiligung war so groß, daß neben der Verlesung in dem zehntausend Personen fassenden Großen Schauspielhaus noch zwei Parallelversammlungen stattfinden mußten. Die Bühne war mit großen schwarz-weiß-roten Fahnen geschmückt, ebenso das Rednerpult. Um 11 1/2 Uhr erfolgte der Aufmarsch der Träger der Fahnen und Banner des Junglandbundes, weit über hundert an der Zahl, die, von stürmischem Beifall begrüßt, auf der Bühne Aufstellung nahmen.

Der Präsident des Reichslandbundes, Graf v. Kaldreuth eröffnete die Tagung, indem er zunächst dem Junglandbund weiteres Glück und Gedeihen wünschte. Er begrüßte sodann die Presse und die zur Tagung erschienenen Auslandsdeutschen. Sodann widmete er den im Laufe des letzten Jahres Verstorbenen, Dr. Köhde, Deffertich und Ferdinand v. Lohow (Pettus) einen warmempfundenen Nachruf.

Darauf hielt der erste Vorsitzende des Brandenburgischen Landbundes, Nikolaus Hofkin, eine Begrüßungsansprache. Die Märkte würden immer stolz sein auf ihren Landbund und es werde auch nie vorgehen werden, was Dr. Köhde für den Reichslandbund getan habe. Eine starke Opferwilligkeit aller Landbundsmitglieder müsse verlangt werden. In dieser Beziehung seien die Juden vorbildlich, die trotz ihrer vielen Interessengegenstände zusammenhalten wie Pech und Schwefel. Der Redner beschäftigte sich sodann mit der Organisation der Jugend und warnte diese vor allem vor einer falschen Einstellung zur Sozialdemokratie. Die Jugend dürfe nicht die linksgerichtete Presse beziehen. Unter lebhaften Applaus der Versammlung wies der Redner darauf hin, daß der „Vorwärts“ Hindenburg mit Gaarmann verwechseln habe. Der Mittelstand lebe und arbeite mit der Landwirtschaft, und diese wolle ihn schützen und ihm helfen. Würde der Mittelstand auf eine eigene Partei hinarbeiten, dann müßten die Landbündler sich eben mit dieser Tatsache abfinden.

Nachdem die Rahmenträger zu den Parallelversammlungen abmarschiert waren, erhielt das Wort Herr von Udenburg, Reichslandbund, der ausrief, er trete hier auch einen Minister zu sehen. Reichslandbundsminister Graf Stanny ist anwesend. Hier sei die Stelle, wo das Herz des deutschen Landwirtes schlage. Ein altes Soldatenherz werde doch bewegt, wenn man hier den Aufmarsch der Reihnen sehe, geführt von jugendlichen Säuben. Inneres Vaterlandes Aufbau beruhe auf unserer Jugend (Beifall). Die Zukunft werde nur besser werden können, wenn das, was wir verehrt und geliebt haben, wieder aufstehe mit unserem deutschen Vaterland (stürmischer Beifall). Er wünsche der Versammlung einen großen und schönen Erfolg auch nach außen hin (stürmischer Beifall).

Präsident Graf v. Kaldreuth

sprach über die wirtschaftliche Lage. Die Lage der Landwirtschaft im Jahre 1924, so führte er aus, kann man geradezu als katastrophal bezeichnen. Wenn es uns nicht gelingt, im Laufe der nächsten Monate eine wesentliche Änderung herbeizuführen, dann wird 1925 für viele Landwirte das Jahr werden, in dem sie der Scholle ihrer Väter Lebenswohl sagen müssen. Wir sollen uns in einer Sanierungsstrafe befinden. Dieses Wort stammt vom Herrn Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht. Sanieren mit der neuen Rentenmark hat sich zunächst die Reichsbank, die hohe Renten fordert und sanieren hat sich das Reich auf dem Gebiet der Steuer. Wenn der neue Reichskanzler gesagt hat, daß Deutschland weiterhin die soziale Fürsorge fördern werde, so ist zu bedenken, daß diese Fürsorge von der Wirtschaft abhängt, und die Gründung der Wirtschaft hängt davon ab, daß jeder einzelne Berufsstand, Unternehmer wie Arbeiter, seine Pflicht erfüllt. Die erste und wichtigste Aufgabe ist die aktive Geduld unserer Handelsbilanz, insbesondere durch Herabsetzung der Ausgaben für Luxuswaren und solche Waren, die

wiki sind ja nicht Positiven, sondern Rationalisten. Darum haben auch die Polen solche Angst vor ihnen; und die Warnung Dr. Luthers an ihre Adresse, die Rechtslosigkeit der Deutschen nicht zu weit zu treiben, wird einen gewissen Eindruck machen.

Zu den Finanzskandalen.

Rechtsanwalt Dr. Engelbert aus der Haft entlassen. In Berlin. Wie wir hören, ist vom Untersuchungsrichter im Einverständnis mit dem Generalstaatsanwalt einem Antrag auf Aufstellung des Rechtsanwalts Dr. Engelbert gegen Stellung einer Kaution von 50000 Mark stattgegeben worden. Dr. Engelbert wird im Laufe des heutigen Tages freigelassen werden.

Jurist Dr. Berthauer hat, da er in das Verfahren gegen Antisler als Mitbeschuldeter hineingezogen worden ist, bis zur Klärung der gegen ihn gerichteten Anschuldigungen die Vertretung Antislers niedergelegt.

Der Zentrumsvizepräsident Lange-Hegemann ist gestern vom Untersuchungsrichter in dem gegen Dr. Goffe eingeleiteten Verfahren vernommen worden. Die

in der Heimat hergestellt werden können. Die Pflicht der Landwirtschaft ist es, unter Volk durch Bearbeitung der eigenen Scholle vom Ausland unabhängig zu machen. Dazu sind wir fähig, aber man muß uns auch die wirtschaftspolitische Möglichkeit dazu schaffen. Unsere Industrieprodukte genießen Schutz, während für die Landwirtschaft Freihandel und sogar eine Ausfuhrbeschränkung ihrer Produkte besteht. Wenn jemand behauptet, es wäre richtig, für Industrie Schutz und für Landwirtschaft Freihandel zu treiben, so muß er auch den Mut haben, zu sagen, daß die deutsche Industrie allein unter Volk erziehen kann. Wir fordern für uns den Zoll der Vorkriegszeit.

Die Einfuhr von Äpfeln und Weintrauben ist ein Luxus für das deutsche Volk und ein um so größerer Luxus, wenn in Deutschland die Äpfel und Birnen auf den Bäumen verfaulen, weil sie den Pflückerlöhnen nicht mehr einbringen. Wir brauchen auch keine französische Seife und französische Cognac und die Einfuhr von französischem Wehl ist ein direkter Verrat am deutschen Arbeiter.

Der Dawesplan hat uns nicht die geringsten politischen Erfolge gebracht. Wir brauchen nur die Einfuhr von Rohstoffen. Wenn wir noch nicht in der Lage sind, das Volk mit unserer eigenen Kraft zu ernähren, dann wollen wir Nahrungsmittel hereinholen, aber nicht Getreide und Fett. Die Stärkung des Innenmarkts ist das Ziel der Zukunft. „Dat der Bauer Wehl, so hat's die ganze Welt.“

Die Landwirtschaft braucht Kredit und darum verlangen wir, daß die kommende Agrar-Rentenbank ein Institut in der Hand der Landwirte wird und nicht ein Institut, dessen Verwaltung in der Hand des Staates liegt und damit insoweit Linie in den Händen Parvenüs. Die Landwirtschaft ist mündig genug, es selbst zu verwalten.

Der Reichslandbund bekräftigt es, daß die Aufwertung nunmehr endgültig gelöst werden soll, wir erwarten, daß die Lösung erfolgt derart, daß den landwirtschaftlichen Bedürfnissen und der sozialen Gerechtigkeit in gleichem Umfang genügt wird. Die Steuern müssen verteilt werden nach einer gerechten Einschätzung der Grundwerte.

Wenn von den teuren Fürstentümern gesprochen wird, so müssen wir fragen, wie sieht es in der heutigen modernen Republik aus? Die Krone, was besser war, will ich gar nicht untersuchen (stürmischer Beifall). Die Republik hat Männer hervorgebracht, die zwischen Partei und Staat nicht unterscheiden können, und diese Männer wurden zum Spielball dunkler Finanzkräfte. So ist das todtrunkene Deutschland schließlich das Opfer einer ungeheuren Verleumdung geworden (lebh. Beifall). Es ist Zeit, daß das deutsche Volk sich seine Verfassung aneignet und Maßnahmen ergreift, um unter Umständen eine Regierung, voll der Selbstverantwortung und völlig entzogen den Einflüssen materieller Interessen, sicherzustellen.

Der Redner wendet sich gegen die Angriffe der Wirtschaftspartei im Wahlkampf. Wenn unsere Arbeiter mal selbst die Augen aufmachen werden, dann werden sie vielleicht ein gewisses Verständnis dafür haben, warum der französische Sozialist Lander einmal gesagt hat: „Ich liebe die deutschen Sozialdemokraten, denn ich wünsche Deutschland die Pest.“

Der Redner kritisierte scharf die deutsche Auslandspolitik. Wenn der Franzose Angst hat vor einem deutschen Einfall, und die Angst ist echt, dann ist es die Angst des schlechten Gewissens. Der Räuber weiß, daß seinem Opfer auf die Dauer nur Selbstvernichtung oder Freiheitskampf bleibt. Heute fragt niemand in der Welt, was deutsche Recht ist, und darum gilt es vor allem, daß das deutsche Volk seinen guten und ehrlichen Namen in aller Welt wieder herstellt (stürmischer Beifall).

Die Versammlung sang das Deutschlandlied, worauf Galtmeier Cordes-Kirchhölten als Vertreter der Bauernschaft sprach.

Es folgten noch einige Ansprachen. Mit einer Kundgebung des Vorsitzenden des Österreichischen Landbundes, Nationalrat Dr. Schönbauer-Wien, der den großdeutschen Anschlußgedanken feierte, und nach einem dreifachen Hoch auf das deutsche Vaterland wurde die Versammlung geschlossen.

gegen Lange-Hegemann schwebenden Ermittlungen konnten bisher noch nicht durchgeführt werden, da der Abgeordnete noch unter dem Schutze der Immunität steht. Die Staatsanwaltschaft hat sich gestern mit maßgebenden Zentrumsabgeordneten in Verbindung gesetzt, damit diese Lange-Hegemann zur Niederlegung seines Mandats veranlassen. Die „Germania“ teilt mit, die Zentrumsfraktion des Reichstages habe Lange-Hegemann bereits aufgefordert, sein Mandat niederzulegen, er sei dieser Aufforderung aber bisher noch nicht nachgekommen. Die Zentrumsabgeordnete erwarten, so schreibt das Blatt, daß sich Lange-Hegemann nicht länger dem Wunsch der Fraktion entziele und sie nicht in die unangenehme Lage verlege, Zwangsmaßnahmen ergreifen zu müssen.

Polizeipräsident Richter in den einseitigen Ansehnd verlegt.

* Berlin. Die der amtliche preussische Pressedienst teilt, hat das preussische Staatsministerium durch Beschluß vom 14. Februar den Polizeipräsidenten Richter auf Grund der Verordnung vom 26. Februar 1919 mit sofortiger Wirkung in den einseitigen Ansehnd verlegt.